

Antrag 2024/A/6**AfA RLP****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Abgeordnete Europaparlament, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, Parteivorstand****Ein starker Rahmen für faire Arbeitsbedingungen**

1 Aus unserer Geschichte der Arbeiterbewe-
2 gung heraus ist uns klar, dass wahrer Re-
3 spekt für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
4 nehmer nur entstehen kann, wenn sie auf
5 Augenhöhe ihre Interessen kollektiv vertre-
6 ten und verhandeln können. Das gilt im
7 Kleinen wie im Großen. In unserem Land
8 und in der EU im Jahr 2024 sind wir davon
9 weit entfernt. Die Verantwortung liegt bei
10 den Staaten und bei der EU.

11 Wir brauchen gute Rahmenbedingungen
12 und grundlegende Regeln im Arbeitsschutz
13 und bei den Löhnen. Auch hier liegt die Ver-
14 antwortung bei den Staaten und bei der
15 EU. Für die Gestaltung einer guten Zukunft
16 für alle Europäerinnen und Europäer kön-
17 nen die künftigen Veränderungen nur ge-
18 meinsam mit den Beschäftigten und ih-
19 ren Gewerkschaften gestaltet werden. Da-
20 für braucht es in Deutschland und Euro-
21 pa starke Mitbestimmung, hohe Tarifbin-
22 dung und eine aktive Struktur- und Arbeits-
23 marktpolitik, bei denen die Interessen der
24 Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

25 Wir wollen keine prekäre Arbeit in Europa,
26 sondern gute Arbeit. Wir fordern insbeson-
27 dere...

28

29 • dass die die gemeinsamen Mindeststan-
30 dards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik
31 verbessert und weiterentwickelt werden.

32

33 • dass die Kriterien für gute Arbeit noch
34 stärker in der europäischen Strukturpoli-

35 tik verankert werden, in den Strukturfonds
36 und in den Regionalbeihilfen. Hier müs-
37 sen Tarifbindung, Mitbestimmung, Arbeits-
38 und Gesundheitsschutz sowie Möglichkei-
39 ten zur Aus- und Weiterbildung als feste
40 Bestandteile der Vergaberegeln verankert
41 werden.

42

43 • dass die sozialen Rechte mobiler EU-
44 Bürgerinnen und -bürger verbessert und sie
45 vor Ausbeutung und Diskriminierung ge-
46 schützt werden.

47

48 • eine einheitliche europäische Sozialversi-
49 cherungsnummer bzw. den digitalen Sozi-
50 alversicherungspass. Die Reform der Koor-
51 dinierung der sozialen Sicherungssysteme
52 muss den Sozialschutz mobiler Beschäftig-
53 ter sicherstellen und Missbrauch wirksam
54 bekämpfen.

55

56 • dass gegen Lohnraub, Lohn- und Sozial-
57 versicherungsbetrug entschiedener vorge-
58 gangen und durch Mindeststandards für
59 Unterkünfte die unwürdige Unterbringung
60 von mobilen Beschäftigten beendet wird.

61

62 • mehr nationale wie europäische Kontrol-
63 len, eine stärkere Koordinierung sowie die
64 Ausweitung von Beratungsstellen zur Fai-
65 ren Mobilität in ganz Europa, um die La-
66 ge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
67 mer zu verbessern. Dazu gehören auch ei-
68 ne Ausweitung des Mandats der Europäi-
69 schen Arbeitsagentur für die Kontrolle von
70 Beschäftigten aus Drittstaaten, Subunter-
71 nehmerketten, privaten Arbeitsvermittlun-
72 gen,

73

74 • besserer Zugang zu Daten und mehr

75 Kompetenzen bei grenzüberschreitenden
76 Kontrollen.

77

78 • Dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für
79 gleiche Arbeit am gleichen Ort“ in allen
80 Mitgliedsstaaten durchgesetzt wird.

81

82 • eine starke Richtlinie zur Plattformarbeit,
83 die einen Rahmen schafft, mit dem Schein-
84 selbständigkeit bekämpft wird und kollek-
85 tive Rechte gestärkt werden.

86

87 • faire Arbeitsbedingungen und fai-
88 ren Wettbewerb in der europäischen
89 Logistikbranche ein, insbesondere für
90 LKW-Fahrerinnen und -fahrer.

91

92 • eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psy-
93 chischen Belastungen, um auf die Zunah-
94 me von Stress, Arbeitsverdichtung und Zeit-
95 druck zu reagieren.

96

97 • Die Umsetzung des deutschen Lieferket-
98 tengesetzes, in Ergänzung eine starke euro-
99 päische Lieferkettenrichtlinie um auch au-
100 ßerhalb der Europäischen Union für faire
101 Arbeitsbedingungen, den Schutz von Men-
102 schenrechten, den Umweltschutz und den
103 Kampf gegen den Klimawandel sicherzu-
104 stellen.

105

106 • So soll verhindert werden, dass Produkte,
107 die durch Zwangsarbeit oder Ausbeutung
108 von Mensch und Natur hergestellt wer-
109 den, überhaupt in den europäischen Bin-
110 nenmarkt gelangen. Deshalb muss die Ver-
111 ordnung über ein Verbot von in Zwangs-
112 arbeit hergestellten Produkten unterstützt
113 werden.

114

115 • eine EU-Rahmenrichtlinie zur Unterrich-
116 tung, Anhörung und Unternehmensmit-
117 bestimmung, die den Flickenteppich un-
118 terschiedlicher Mitbestimmungsregeln zu-
119 sammenfasst.

120

121 • dass die Demokratie am Arbeitsplatz im
122 Rahmen einer Reform des europäischen
123 Gesellschaftsrechts gestärkt wird.

124

125 • dass bei nachträglichem Überschreiten
126 nationaler Schwellenwerte für die Geltung
127 der Mitbestimmung eine Nachverhand-
128 lungspflicht gilt.

129

130 • die Europäischen Betriebsräte (EBR) im
131 Rahmen der Richtlinie gestärkt werden. Das
132 gilt vor allem bezu glich des Zugangs zu
133 Gerichten, der Definition von grenzu ber-
134 schreitenden Angelegenheiten und ange-
135 messenen Sanktionen.

136

137 Empfänger:innen: SPD-Landesparteitag
138 Rheinland-Pfalz, SPD-Landtagsfraktionen,
139 SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag,
140 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder
141 der Bundesregierung, SPD-EU-
142 Abgeordnete